

USA

Stand: Oktober 2009

Ländername: United States of America / Vereinigte Staaten von Amerika
(50 Bundesstaaten und Bundesbezirk Columbia mit Hauptstadt Washington)

Klima: überwiegend warm- und kühlgemäßigte Zone

Lage: Nordamerikanischer Kontinent zwischen 26. und 49. Breitengrad; weitere Gebiete:
Überseegebiete (mit unterschiedlichem Rechtsstatus): Puerto Rico, Virgin Islands, Guam,
American Samoa

Landesfläche: 9.826.630 qkm (ca. 25-fache Größe Deutschlands)

Hauptstadt: Washington, D.C., Stadt: ca. 572.000 Einwohner, Großraum: 4,69 Mio.
Einwohner

Bevölkerung: 292 Mio. Einwohner (letzter Zensus 15.09.2003, Mitte 2009 ca. 307 Mio.)
davon: ca. 35 Mio. Afro-Amerikaner, ca. 37 Mio. Amerikaner lateinamerikanischer Herkunft,
ca. 10,5 Mio. Amerikaner asiatischer Herkunft, ca. 2,5 Mio. Amerikaner indianischer
Herkunft
Ca. 30 Einwohner pro qkm, 80% der Bevölkerung lebt in städtischen Ballungsgebieten

Landessprache: Englisch, lokal auch Spanisch

Religionen: 62% der Bevölkerung gehören 238 Religionsgemeinschaften an, davon 26% der
römisch-katholischen Kirche, 27,5% protestantischen Gemeinschaften (Baptisten,
Methodisten, Lutheraner, Presbyterianer), 2,6% Juden

Nationalfeiertag: 4. Juli - Independence Day (Unabhängigkeitstag)

Unabhängigkeit: 4. Juli 1776

Staatsform/Regierungsform: Föderale und präsidentielle Republik; Gewaltenteilung- und
verschränkung

Staatsoberhaupt: Barack H. Obama, 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika,
Amtsantritt: 20.01.2009 (erste Amtszeit)

Vertreter: Joseph R. Biden, Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Regierungschef: Barack H. Obama (Demokrat)

Außenminister: Hillary R. Clinton, Secretary of State of the United States of America,
Amtsantritt: 21.01.2009

Parlament:
Kongress mit zwei Kammern:

- Senat (100 Sitze)
- Repräsentantenhaus (435 Sitze)

Präsident des Senats: Joseph R. Biden (Demokrat) Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Präsident ("Speaker") des Repräsentantenhauses: Nancy Pelosi (Demokratin), Nr. 3 in der staatlichen Hierarchie

Parteien: Demokratische Partei, hält die Mehrheit der Sitze in Repräsentantenhaus und Senat, und Republikanische Partei (auch GOP genannt)

Kulturunterschiede USA und Deutschland?

Die USA werden -wie andere Länder auch, die dem eigenen Lebensraum sehr ähnlich erscheinen und nichts 'exotisches' haben- oft nicht als andere Kultur gesehen. Aber wenn Sie bedenken, daß Sie sich erstens sehr wohl im Ausland befinden und zweitens auch in einem Land mit anderer Entwicklungsgeschichte und anderen Wurzeln, dann sollte man dies in Betracht ziehen. Also liegt es nahe, dass einige Dinge anders gehandhabt werden als 'daheim'.

Nehmen wir doch einmal das Beispiel mit der oft zitierten Oberflächlichkeit. Sie begegnen jemandem und kommen schnell in ein Gespräch - Sie mögen zwar die von Ihrem Gegenüber gesagten Worte in Ihrem Kopf richtig übersetzen, aber wenn man nicht eine längere Zeit im fremden Land lebt, dann übersetzt man eben wörtlich und erkennt nicht, was eigenständige Satzgebilde mit besonderer Bedeutung sind.

Beispiel: 'See you later' sagt Ihr Nachbar bei der Verabschiedung (das werden Sie sehr häufig und nicht nur von guten Bekannten hören). So, da sitzen Sie nun und warten, daß er dann später nochmal vorbeischaut. Und dann kommt langsam der Ärger bei Ihnen auf, denn dieser 'Kerl' kommt einfach nicht. 'So ein oberflächlicher Schwätzer...' werden Sie denken, aber die Wahrheit ist: Er hatte gar nicht gemeint, dass er Sie wirklich nochmal (heute) sehen wird, sondern das war einfach nur eine allgemeine und höfliche Verabschiedungsformel.

Waren Sie schon einmal in Bayern? Sagte da jemand zu Ihnen: 'Grüß Gott' ? Meinte der das wörtlich ? Eher nein.

'Go and jump in the lake': wenn das mal jemand zu Ihnen sagt, dann war es keine Einladung, daß Sie im See ein kühles Bad nehmen sollten; es wäre eine direkter Rausschmiss (den Sie hoffentlich nicht erleben). 'How are you?' oder 'How's it going' und viele andere Varianten davon sind eine Begrüßungsformel, die sehr unterschiedlich beantwortet wird. Es hängt da von der Situation, vom Landstrich und der Person ab, die Sie das fragt. Wenn Sie nichts falsch machen wollen, dann können Sie immer hübsch mit: 'Fine, thank you. How are you?' kontern, wie es Ihnen Ihr Englischlehrer beibrachte - damit machen Sie nichts falsch. Es ist eine Höflichkeitsform am Beginn eines Gespräches, auch am Telefon, worauf der Gegenüber kurz mit z.B. 'good' oder was anderes antwortet und die Frage zurückgibt. So, werden Sie jetzt sagen, 'also doch ein oberflächliches Gehabe!'. Aber hier kommt die Sache mit der anderen Kultur wieder ins Spiel: Betrachten Sie den Gegenüber einfach als jemanden, der ein Ritual, eine Zeremonie ablaufen läßt, die in seiner Kultur, in seinem Land, so üblich ist. So wie sich ein Japaner verbeugt oder gleich mal die Schuhe auszieht.

In New York interessiert es den Fragenden vielleicht oft wirklich nicht, was Sie antworten oder gar, ob Sie antworten...es ist einfach nur eine Begrüßung wie 'Guten Tag'. In New York City muß alles sehr schnell gehen. Sind Sie jedoch mal wieder zu einer Dinner Party in NYC Upper East eingeladen und Ihre Gastgeber fragen Sie, dann meinen Sie es vielleicht wirklich so und warten auf Ihre Antwort!

Aber lassen Sie uns nicht über New York sprechen, da ist sowieso alles anders und was an der einen 'Straßenecke' noch gilt, ist an der nächsten Vergangenheit....

Im Geschäftsleben ist es ebenfalls für einen Europäer -oder gar einen Japaner- etwas verwunderlich, wie schnell in 'Amerika' zum Punkt gekommen wird. Es wird nicht lange vorher drum herum geredet. Man ist sozusagen nach der Begrüßung gleich beim Thema. Also scheuen Sie sich nicht, daß auch so zu machen. Wenn das Geschäftliche erledigt ist, dann kommt man gegebenenfalls zum persönlicheren Teil. Tja, dann ist da noch der Handschlag. Sie als Europäer sind es gewohnt, den immer gleich zu Beginn einer Begrüßung in Ansatz zu bringen. Das ist vollkommen ok, denn Ihr amerikanischer Gegenüber sollte sich ja ebenfalls darüber bewußt sein, daß er es mit jemanden aus einer anderen Kultur zu tun hat. Es soll auch nur gesagt werden, daß man sich hier oft erst nach dem Treffen bei der Verabschiedung die Hand reicht - beim Anfang des Treffens nicht, was nicht als Unhöflichkeit Ihnen gegenüber oder Ungehobeltheit auszulegen ist.

Wenn man mehr über die 'andere Kultur' lernt, dann versteht man besser, wie der andere das Gesagte oder die Geste gemeint hat. ...und Sie sitzen nicht auf Ihrem Sofa und warten auf den Nachbarn...

Kultur und Bildungspolitik

Kultur- und Bildungspolitik

Der deutsche Begriff der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik lässt sich nicht ohne weiteres auf die Politik der USA übertragen. Der deutsche „Kulturstaatsgedanke“ ist der US-amerikanischen Gesellschaft fremd; Kulturförderung ist in erster Linie eine Aufgabe der Gesellschaft, nicht Staatsaufgabe. Kulturförderung und Bildung sind ohne großzügiges Mäzenatentum nicht denkbar. So beträgt der staatliche Anteil an den gesamten Kulturausgaben nur rd. 13%. Private Spender finanzieren 43% und die Kulturbetriebe erwirtschaften selbst die verbleibenden 44%. Staatliche Kulturförderung erfolgt darüber hinaus im Wesentlichen indirekt, nämlich durch die Steuerbegünstigung von Spenden für kulturelle Zwecke (geschätzt: über 50 USD).

[Zum Seitenanfang](#)

Schulen und Hochschulen

Die Zuständigkeit für das Schulwesen liegt bei den Bundesstaaten und ihren mehr als 14.000 Schuldistrikten. Die Schuldistrikte fördern die öffentlichen Schulen in erster Linie aus dem Grundsteueraufkommen. Diese Finanzierung ist die Ursache für große Unterschiede in den jeweils verfügbaren öffentlichen Mitteln: Reiche Schuldistrikte haben bessere Schulen. Die Obama-Regierung hat für die Förderung der Schulen \$24,8 Milliarden an Bundesmitteln vorgesehen.

Das häufig als unbefriedigend empfundene Leistungsniveau von Schülern öffentlicher Schulen hat dazu geführt, dass alternative Schulformen wie z.B. Hausunterricht ("home schooling") und sog. "Charter Schools" (Schulen, die von Eltern oder Lehrern gegründet werden, öffentliche Mittel erhalten, aber in der Curricula-Gestaltung unabhängig sind) immer beliebter werden. Der Kongress hat auf Initiative von Präsident Bush Ende 2001 ein Bildungsgesetz verabschiedet, das die Einführung jährlicher Tests in Lesen und Schreiben an den Schulen vorschreibt (No Child Left Behind Act, NCLB). Ziel ist es, dass 95% der Schüler bis 2014 auf einem der jeweiligen Klassenstufe angemessenen Niveau lesen und schreiben können. Im Jahr 2006 hatten vier Bundesstaaten dieses Ziel erreicht. NCLB behebt jedoch nicht den Mangel der sehr heterogenen Mittelausstattung der Schulen. Das Gesetz ist bei der neuen Regierung, bei Lehrern und Eltern in die Kritik geraten, da es nicht zu einer wahren Leistungssteigerung der Schüler führt sondern eher zur Vermittlung eines eingeschränkten Unterrichtsprogramm, um bessere Testresultate zu erreichen. Deshalb plant das Erziehungsministerium möglichst schnell eine Neufassung des Elementary and Secondary Education Act, aus dem das NCLB-Programm hervorgegangen ist.

Die US Regierung wendet seit 2006 zusätzliche Mittel auf für die Förderung strategisch wichtiger Sprachen wie Chinesisch, Koreanisch, Arabisch, Hindi, etc. (National Security Language Initiative, NSLI) sowie für neue Austauschprogramme mit muslimisch geprägten Ländern. Diese Initiativen sind in erster Linie durch Erwägungen der nationalen Sicherheit und internationalen Konkurrenzfähigkeit motiviert. 2008 betragen die Mittel für die NSLI \$85,9 Millionen, davon waren \$53 Millionen für schulische und studentische Programme bestimmt.

An den öffentlichen Schulen wird Deutsch von rd. 350.000 – 400.000 Schülern gelernt; die mangelnde Finanzausstattung des No Child Left Behind Act und zunehmende Fokussierung der Public-Diplomcy-Anstrengungen der USA auf Süd- und Ostasien sowie den Nahen- und Mittleren Osten setzen die Deutschprogramme an den Schulen unter Druck, von dem jedoch die sogenannten "Samstagsschulen" (freiwilliger Deutschunterricht) profitieren.

Universitäten verfügen über eine weitgehende Autonomie. Auch hier bestehen bei den über 4.000 privaten und staatlichen Universitäten und Colleges große qualitative Unterschiede. Die Zahl ausländischer Studenten in den USA konnte 2007/2008

gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 623.805, ein Rekordhoch, gesteigert werden. Der von 2002 bis 2006 zu beobachtende langjährige Rückgang ließ sich v.a. durch die verschärften Visaregelungen und Sicherheitsüberprüfungen nach dem 11. September 2001 begründen. Hinzu kommt allerdings auch ein stärkerer Wettbewerb um ausländische Studenten. Gerade Europa hat als Studienstandort in den letzten Jahren gegenüber den USA aufgeholt. Der Bologna-Prozess wird in Fachkreisen aufmerksam und teilweise kritisch verfolgt. Die Zahl der deutschen Studierenden in USA ist 2007/2008 um 2,9% auf 8.907 angewachsen. Die Zahl der US-Studenten in Deutschland wuchs um 7,2% auf 7.355 (2006/2007).

Deutsch ist nach Spanisch und Französisch im Hochschulbereich die am dritthäufigsten gelehrt Sprache (ca. 94.000 Studenten); die Nachfrage ist im Vergleich zu 2002 um 3,5% gewachsen. Erhebliche Zuwächse verzeichneten Arabisch (+126,5%), Chinesisch (+51%), Koreanisch (+37,1%), Japanisch (+27,5%), gefolgt von Italienisch (22,6%) und Portugiesisch (+22,4%). (Alle Prozentzahlen gültig für 2006)

Wirtschaftspolitik

Stand: Dezember 2009

[Zum Seitenanfang](#)

Grundlagen

Der Status der USA als stärkste Wirtschaftsmacht, die rund ein Fünftel des jährlichen Welteinkommens erwirtschaftet, gründet sich auf ein großes, rohstoffreiches und gut erschlossenes Territorium (mit ca. 3,5 Mio. Quadratmeilen etwa 25-fache Größe von Deutschland; die Fläche Deutschlands entspricht etwa der Größe des US-Bundesstaates Montana), auf einen großen Binnenmarkt (2008: ca. 308 Mio. Einwohner, Bruttoinlandsprodukt 2008: 14.441,4 Mrd. USD, zum Vergleich Bruttoinlandsprodukt Deutschland 2008: 2.489,40Mrd. Euro) sowie auf ein durch unternehmerische Initiative und freien Handel gekennzeichnetes Wirtschafts- und Finanzsystem. Der US-Dienstleistungssektor erwirtschaftet ca. 79% des Bruttoinlandsproduktes (BIP), der Industriesektor ca. 20% und die Landwirtschaft trägt ein Prozent bei.

[Zum Seitenanfang](#)

Aktuelle wirtschaftliche Lage

Im 3. Quartal 2009 verzeichnete die US-amerikanische Wirtschaft nach vier vorausgegangen negativen Quartalen wieder Wachstum: das BIP wuchs mit einer auf das Jahr hochgerechneten Rate von 2,2 Prozent. Anders als in Deutschland endet eine Rezession in den USA nicht automatisch dann, wenn die Wirtschaftsleistung wieder zulegt - vielmehr entscheidet das Nationale Wirtschaftsforschungsinstitut NBER über das Ende. Die USA befinden sich seit Dezember 2007 offiziell in der Rezession.

Im Jahr 2008 war das US-Wirtschaftswachstum mit insgesamt 0,4 Prozent nahe null. Seit Beginn der Rezession hat sich die Arbeitslosenquote von 5 auf 10 Prozent verdoppelt.

Die Federal Reserve (Fed) hat ihre Wachstumsprognosen Ende 2009 nach oben korrigiert. Die US-Wirtschaft werde sich in „gemäßigem Tempo“ erholen. Dementsprechend erwartet sie für 2010 ein Wachstum von 2,5 bis 3,5% (Juni-Prognose: 2,1 bis 3,3%). Für 2011 erwarten sie 3,4 bis 4,5% (Juni: 3,8 bis 4,6%) und für 2012 3,5 bis 4,8%. Risikofaktoren sind die schleppende Kreditvergabe der Banken und der schwache Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote sieht die Fed trotz einer leichten Abwärtsrevision nächstes Jahr bei 9,3 bis 9,7% (Juni: 9,5 bis 9,8%) und in den

folgenden Jahren noch bei 8,2 bis 8,6% (Juni: 8,4 bis 8,8%). Inoffiziell hält die Fed, die neben Preisstabilität auch das Ziel einer hohen Beschäftigung hat, eine Quote von rund 5,0% für nachhaltig (Inflationsstabile Arbeitslosenquote).

Die Notenbank hat seit Beginn der Finanzkrise im August 2007 ihren Leitzins um bis zu 5,25 Prozentpunkte auf eine Zinsspanne von 0 bis 0,25 Prozent gesenkt. Die Fed hat auch nach ihrer Sitzung Mitte Dezember 2009 mitgeteilt, den Leitzins noch "für eine längere Zeit" auf sehr niedrigem Niveau zu belassen. In der Vergangenheit hat die Fed durchschnittlich 6-9 Monate nach dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit (oder 16 Monate nach Ende der Rezession) die Zinsen erhöht. Sie hat die Zinsen noch niemals erhöht, während die Arbeitslosigkeit noch stieg (duales Mandat). Hinzu kommt, dass die Preissteigerung zwar leicht zugenommen hat, aber die Inflationserwartungen weiterhin niedrig und gut verankert sind.

Am Ende des Haushaltsjahres 2009 wurde ein Gesamt-Rekord-Defizit von rund 1,4 Billionen (1.400 Mrd.) USD oder 9,9 Prozent des BIP erreicht. Im Haushaltsjahr 2008 betrug die Verschuldung 3,2 Prozent des BIP. Das Fiskaljahr geht in den USA jeweils Ende September zu Ende. Die gewaltige Etatlücke ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. Dazu gehören unter anderem ein Rückgang der Steuereinnahmen wegen der Wirtschaftskrise, Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und den Wohnungsmarkt, Arbeitslosenhilfen sowie Belastungen durch umfassende Konjunkturprogramme.

Zur Abmilderung des Abschwungs hatte der Kongress Anfang Februar 2008 das erste US-Konjunkturprogramm in Höhe von 152 Mrd. USD verabschiedet (Economic Stimulus Act of 2008). Es umfasste eine Einkommensteuererstattung von etwa 107 Mrd. USD und Steuervergünstigungen für Unternehmen in Höhe von 45 Mrd. USD. Schätzungen zufolge wurden nur 30% der Steuererleichterungen konjunkturwirksam ausgegeben. Der Rest floss in die Schuldentilgung und Ersparnisbildung. Die steigenden Ersparnisse der Privathaushalte (Sparquote 2007 0,6 Prozent; 2008 1,7 Prozent; im Januar 2009 5,5 Prozent des verfügbaren Einkommens) sind gut für die langfristige Gesundheit der Finanzen der Privathaushalte - aber verheerend für das Wirtschaftswachstum. Die Verbraucherausgaben bilden rund 70% des US-BIPs ab.

Mitte Februar 2009 hatte der Kongress in neuer Besetzung den „American Recovery and Reinvestment Plan“, das zweite Stimuluspaket, auf den Weg gebracht. Mit einem Volumen von 787 Mrd. USD (ca. 5,5% des BIP) ist es das größte staatliche Konjunkturförderprogramm in der US-Geschichte. Der Ausgabenteil des Pakets in Höhe von ca. 575 Mrd. USD setzt sich hauptsächlich aus den Komponenten direkte Unterstützungsmaßnahmen für Einzelhaushalte inklusive der Ausweitung der Krankenversicherung (ca. 246 Mrd. USD), Unterstützung von Staaten/Kommunen (ca. 54 Mrd. USD) und konkreten Projekten (ca. 275 Mrd. USD) zusammen. Je nach Betrachtungsweise umfasst der Steuerteil des Pakets zwischen 27 Prozent (212 Mrd. USD – reiner Steuerteil ohne Erstattungen/Transferzahlungen) und 41 Prozent (326,5 Mrd. USD – inklusive Transferzahlungen) des Gesamtpakets.

Eine erste Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen des Konjunkturprogramms American Investment and Recovery Acts auf das 3. Quartal 2009 des Congressional Budget Office (CBO) hat ergeben:

	Untere Schätzung	Obere Schätzung
Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	1,2	3,2
Veränderung in Arbeitslosenquote (Prozentpunkte)	-0,3	-0,9
Gewinn an Arbeitsplätzen (in Millionen)	0,6	1,6

In einer Rede vor dem Forschungsinstitut Brookings in Washington schlug Präsident Obama dem Kongress im Dezember 2009 weitere konjunkturstützende Maßnahmen vor: eine Mischung aus steuerlichen Entlastungen für den Mittelstand, staatlichen Investitionen in die Infrastruktur, Anreizen für Klimaschutzinvestitionen sowie Hilfen für Arbeitslose. Diese Vorschläge hatte das Repräsentantenhaus aufgegriffen und eine „Jobs-Bill“ verabschiedet. Die Umsetzung im Senat steht noch aus.